

Plenarrede am 15.09.2010

Thema:

Die Steinkohlevereinbarung gilt: Es bleibt beim geordneten und sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau

- Antrag von CDU, SPD und GRÜNEN, Drucksache 15/70 (Neudruck) -

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kohle befindet sich in Nordrhein-Westfalen seit den 60er-Jahren auf dem Rückzug. Wir haben damals rund 600.000 Bergleute gehabt. Es gab einen sehr langen Anpassungsprozess.

Die Finanzierungsregelungen, mit denen das gesetzlich geregelt wird, laufen immer über einen längeren Zeitraum.

Von 1997 bis zum Jahr 2005 gab es das Steinkohlefinanzierungsgesetz des Bundes. Damals ist die Zahl von rund 78.000 auf 36.000 Bergleuten reduziert worden – alles ohne Entlassungen und ohne Arbeitslosigkeit. Es geht immer um Einheiten in der Größenordnung von 4.000 Menschen, die auf den Zechen, und noch einmal 4.000 Menschen, die im Umfeld der Zechen arbeiten. 2007 ist das jetzige Gesetz beschlossen worden. Damals gab es die Große Koalition in Berlin und hier eine Koalition aus FDP und CDU. Wir haben das unterstützt, weil Kern des Gesetzes der Ausstieg im Jahr 2018 ist. Es enthält aber auch eine Revisionsklausel, die wir immer kritisch begleitet haben, weil sie meiner Einschätzung nach ein Stück weit Sand in die Augen streut. Aber das ist das bestehende Gesetz. Wir haben die Zahl, die wir ohne Entlassungen schaffen können, rauf und runter diskutiert. Hätte man 2005/2006 diskutiert, dass der Endpunkt 2014/2016 liegen soll, hätte man es unter Umständen schaffen können. Aber ich sage ganz deutlich: Wer heute fordert, dass 2014 Schluss sein soll, weiß, dass er dann rund 5.300 Bergleute – diese Zahl hat die Ministerpräsidentin bei unserem Treffen genannt – und etwa 10.000 Beschäftigte aus den Zulieferbetrieben in die Arbeitslosigkeit schickt.

Wir schließen in diesem Jahr das Bergwerk Ost. Im nächsten Jahr wird das Bergwerk Saar geschlossen, 2012 das Bergwerk West. Dann gibt es noch drei Bergwerke: Prosper-Haniel, Auguste Victoria und Ibbenbüren. Sie kann man nicht in zwei Jahren schließen; denn zurzeit werden Bergleute von der Saar nach Ibbenbüren versetzt, und dann würde sich keiner mehr darauf einlassen. Insofern ist das von Herrn Lienenkämper und Herrn Römer Gesagte richtig. Wenn man Verträge schließt, dann muss man auch vertragstreu sein. Wenn man Prozesse so einstellt, dass man einen Endpunkt hat, dann muss man ihn auch einhalten, weil sich alle darauf einrichten. Das ist nun einmal von der Bundesregierung unter Zustimmung aller mit den Gewerkschaften ausgehandelt worden. Dann sollte man sich auch dafür einsetzen, dass es tatsächlich so gemacht wird. Das geht ja offensichtlich auch.

In diesem Zusammenhang verstehe ich vor allen Dingen die Kollegen von der FDP nicht. Die FDP hat das Ganze damals in der Landesregierung mitverhandelt und mit unterschrieben. Sie hat auch den 1997 ausgehandelten Steinkohlenkompromiss in Gesetzesform mitgemacht; Bundeswirtschaftsminister Rexrodt hat ihn unterschrieben. Ich finde, dass man dann gegenüber denjenigen, die davon betroffen sind, auch zu den Verträgen stehen muss, die man schließt. Außerdem erinnere ich an Folgendes: Wie wir alle wissen, regiert die FDP im Saarland mit. Ich könnte Ihnen den Antrag aus dem Saarland vorlesen, in dem sie mit ihren Koalitionspartnern CDU und Grüne für die gleichen Forderungen stimmt, die hier gestellt werden. Im Plenarsaal selber haben dann auch SPD und Linke zugestimmt, sodass man dort zu einem einstimmigen Beschluss gekommen ist.

Im Übrigen brauchen wir keine Illusionen zu haben: Wenn die Bundesregierung nach Brüssel geht und versucht, die 2014er-Regelung zu verändern – was die Bundeskanzlerin wirklich machen muss; denn sie steht im Wort –, dann wird die FDP das in der Bundesregierung doch mittragen. Herr Dr. Papke, dann gibt es nur Ihre Fraktion, die jetzt von dem abrückt, was sie selber in der Regierung unterschrieben hat, und nicht bereit ist, hier ein einstimmiges Signal herzustellen. Das ist das, was auf Sie zurückfällt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde das bedauerlich; denn es geht darum, zu verhindern, dass wir in einer solchen Größenordnung Menschen in die Arbeitslosigkeit schicken müssen, weil man die getroffenen Vereinbarungen bricht. Unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf Sockelbergbau und alles andere seien einmal dahingestellt. Die Verträge sind aber so beschlossen worden und müssen eingehalten werden. Aus dem Gespräch mit der Ministerpräsidentin weiß ich ungefähr, was Herr Dr. Papke gleich sagen wird. Ich halte das für kein korrektes Vorgehen.

Zum Kollegen Sagel von den Linken. Um es ganz klar zu sagen: Ich finde Ihren Antrag kontraproduktiv. Es geht darum, ein möglichst geschlossenes Signal nach Brüssel zu senden und zu verdeutlichen: Bei allen Unterschieden, die bei uns hinsichtlich des Bergbaus bestehen, haben wir eine Geschlossenheit in der Frage, ob man einen Prozess kurzfristig so steuern darf, dass mindestens 15.000 Leute in die Arbeitslosigkeit gehen. Die Geschlossenheit stellen wir nicht her, wenn Sie das Ganze mit dem Sockelbergbau verknüpfen; denn dieser Punkt wird hier keine Mehrheit finden. Das ist doch völlig klar. Da hätten Sie fragen können. Wir hätten Ihnen sagen können, dass es in diesem Parlament keine Mehrheit für einen Sockelbergbau gibt. Daher wird Ihr Antrag an dieser Stelle auch nicht positiv beschieden werden.

Sie vermischen diese Diskussion mit dem Appell, uns geschlossen dafür einzusetzen, dass die Kollegen und Kolleginnen aus dem Bergbau und den Zulieferbetrieben nicht in die Arbeitslosigkeit gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Demgegenüber haben im Saarland auch diejenigen, die den Sockelbergbau vehement vertreten haben, nachher dem Antrag der anderen Fraktionen zugestimmt. Hier kann ich mich nur Norbert Römer anschließen und Sie bitten, sich das zu überlegen.

Ich weiß ja, warum die CDU das macht. Liebe Kollegen von der CDU, wenn Sie sagen, dass Sie grundsätzlich keine Anträge gemeinsam mit Kommunisten machen, dann ist das Exorzismus.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist ideologischer Fundamentalismus!)

Das wird uns auf Dauer hier nicht weiterhelfen; denn wenn es in der Sache eine vernünftige Position gibt – wir tragen sie mit den anderen drei Fraktionen gemeinsam; die Kollegen waren beim Gespräch mit der Ministerpräsidentin dabei und haben auch ihre Bereitschaft erklärt, jeden Punkt unseres Antrags mitzutragen –, dann sollte man auch im Interesse der Beschäftigten, um die es hier geht, zusammen einen Antrag stellen können. Das steht uns allen als Parlamentariern gut an. Insofern sollten Sie diese Linie nicht weiter fahren.

Ich weiß, dass das öfter kommen wird. Das hilft uns aber nicht. Wir werden heute im Parlament erleben, dass wir auch einem Antrag, den Sie von der CDU und der FDP alleine stellen, zustimmen werden. Das ist vielleicht das Neue; wir denken hier auch ein bisschen quer. Umgekehrt habe ich das in fünf Jahren nicht erlebt. Wir werden es heute tun, weil der Antrag in der Sache vernünftig ist. Die Bitte an Sie ist nur, bei weiteren Dingen auf diesen Exorzismus zu verzichten und von der Sache auszugehen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)